

## **Beschlussempfehlung und Bericht** **des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Martina Bunge, Matthias W. Birkwald,  
Dr. Gregor Gysi, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 17/7034 –**

### **Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Korrektur der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht**

#### **A. Problem**

Bestimmte Regelungen aus der Überleitung der Alterssicherung der DDR in bundesdeutsches Recht werden nach Darstellung der Antragsteller von Betroffenen nach wie vor als Diskriminierung empfunden. Darüber hinaus seien Lücken in der Überführung deutlich geworden.

#### **B. Lösung**

Die Antragsteller fordern die Einsetzung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung von Korrekturen der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 17/7034 abzulehnen.

Berlin, den 5. Juni 2013

### **Der Ausschuss für Arbeit und Soziales**

**Sabine Zimmermann**  
Vorsitzende

**Peter Weiß (Emmendingen)**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Peter Weiß (Emmendingen)

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/7034** ist in der 150. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Dezember 2011 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss sowie den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Mitberatung überwiesen worden.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller kritisieren, dass das Renten-Überleitungsgesetz mit dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz aus dem Jahr 1991 zu einer Zäsur geführt habe. So seien Überführungslücken entstanden, weil Sachverhalte und Zeiten, die nach DDR-Recht rentenwirksam gewesen seien, nur noch übergangsweise gegolten hätten oder ersatzlos weggefallen seien. Dadurch sind in vielen Fällen finanzielle Notlagen entstanden, insbesondere bei Frauen. Zudem seien zusätzliche Versorgungen durch die alleinige Überführung in die gesetzliche Rentenversicherung weitestgehend gestrichen worden. Davon betroffen seien u. a. viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Ferner sei bei als besonders staatsnah eingestuftem Versicherten willkürlich in die Rentenformel eingegriffen worden. Auch vollziehe sich der Prozess der Rentenangleichung aufgrund der langsamen Angleichung der Einkommensverhältnisse in den ostdeutschen Bundesländern an die im Westen wesentlich langsamer als in den zu Beginn des Einigungsprozesses angenommenen fünf Jahren. Außerdem sei die bisherige Tra-

gung der Kosten der Rentenüberleitung rechtssystematisch dahingehend zu korrigieren, dass ins Sechste Buch Sozialgesetzbuch übertragene DDR-Alterssicherungsansprüche über Beitragsmittel der gesetzlichen Rentenversicherung erfolgten, gegebenenfalls ergänzt über Steuermittel des Bundes, wenn eine Aufstockung des Bundeszuschusses notwendig werde.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/7034 in seiner Sitzung am 15. Mai 2013 beraten, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner Sitzung am 5. Juni 2013. Beide Ausschüsse haben dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/7034 in seiner 135. Sitzung am 15. Mai 2013 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Berlin, den 5. Juni 2013

**Peter Weiß (Emmendingen)**

Berichterstatter

